

veröffentlicht werden) von nun an werden aber die Kammer-Debatten offenbar lebhafter und zu Privat-Mittheilungen geeigneter werden. Morgen beginnen nämlich in der ersten Kammer die Verhandlungen über den Adress-Entwurf, zu dem allein bei der deutschen Frage achtzehn Amendements eingebracht sind, und in der zweiten Kammer hat sich bereits der Partheien-Kampf so lebendig entwickelt, wie zur Zeit der National-Versammlung. Die Kampf-Methode (persönlich Angriffe) kann ich durchaus nicht billigen, sie ist offenbar auf die Partheien berechnet, und wird uns, wenn sie fortgesetzt wird, viel Geld, und was noch am allerkostbarsten ist, viele Zeit wegnehmen. Der Angriff des v. Berg auf den Handelsminister war durchaus durch diesen nicht hervorgerufen. Der Minister hält sich in der Portofreiheits-Frage nur an die Sache, ohne sich höhrende oder ablehnende Bemerkungen gegen die Oppositions-Parthei zu erlauben. Der Präsident Grabow hat ein großes Talent zur Leitung der Debatten, tritt aber noch nicht entschieden genug gegen die Sprudelsköpfe der Versammlung auf. In der ersten Kammer ist von eigentlicher Partheibildung noch keine Rede. Jeder stimmt nach seiner Ansicht, ohne Rücksicht, wo er sitzt. In der zweiten sind dagegen die Partheien wohl organisiert; Alle für Einen und Einer für Alle. Bisher ist die Rechte in der Majorität, man erwartet aber von dem Resultate der Nachwahlen das Gegentheil. Den Mangel eines Centrums kann ich nur bedauern. Warum soll auch bei den Kammer-Debatten die Wahrheit nicht oft in der Mitte liegen. Durch die jetzige Schichtung büßt nach meiner Ueberzeugung manches Mitglied seine Unbefangenheit und sein Selbst-Urtheil ein. Gestern interpellirte der Appellations-Rath Leue den in der ersten Kammer allein anwesenden Justiz-Minister über die Gesetze vom 2. u. 3. Januar und über deren Einführung. Der Vortrag von Leue war sehr berechtigt mit stetem Hinblick auf die rheinische Unschicklichkeit. Der Minister war auf seine Replik augenscheinlich zu wenig vorbereitet, und als der Präsident v. Vincke sprechen wollte, war bereits der Schluß verlangt. Man darf mit ziemlicher Gewißheit annehmen, daß die Mehrzahl der ersten Kammer sich für die jetzt beabsichtigte Organisation — Kreis-Gerichte nach dem Umfange der Kreise — und deren Einführung am 1. April aussprechen wird. Die Mitglieder aus den alten Provinzen wollen, daß die Gerichte dem Eingeflossenen möglichst zugänglich bleiben und daß die ganz unhaltbar gewordenen Patrimonial-Gerichte Hals über Kopf abgeschafft werden.

C. Berlin, 8. März. (Kammer-Verhandlungen.) Am gestrigen Tage haben beide Kammern keine Sitzung gehabt. In ihrer Sitzung vom 6. beschästigte sich die zweite Kammer, welche allein tagte, mit der provisorischen Wahl des Präsidenten, der Vicepräsidenten und der Schriftführer. Anwesend waren 330 Abg., so daß die absolute Majorität 166 betrug. Bei der Abstimmung zur Präsidentenwahl erhielten die Abgeordneten Grabow 176, von Unruh 158, von Auerwald 1, mithin war Herr Grabow, der Candidat der Rechten, gewählt. Bei der ersten Vicepräsidentenwahl erhielten die Abgeordneten von Auerwald 170, Waldeck 154 Stimmen; 6 Stimmen waren zerstückelt; mithin wurde Herr v. Auerwald, ebenfalls Candidat der Rechten, als erster Vicepräsident proklamirt. Auch die Wahl des zweiten Vicepräsidenten fiel auf den Candidaten der Rechten, indem bei 328 Abstimmenden der seitherige Alters-Präsident Lensing 168 Stimmen erhielt, während der Oppositions-Candidat Philipps davon 156 hatte und 4 Stimmen sich zerstückelten. Nicht minder gehören sämtliche 8 Schriftführer der conservativen Partei an. Es wurden in dem nun folgenden Wahllact mit Stimmenmehrheit gewählt die Abgeordneten Sperling aus Insterburg mit 169, Grobdeck mit 168, Pferrmann 168, von Borries 168, Gehler 167, Hartmann 166. Die Abgeordneten Gellern und Krause aus Stettin hatten nur 165 und 164 Stimmen erhalten, weshalb über die Wahl der beiden letzten Schriftführer nochmals abgestimmt werden mußte. Bei der Abstimmung waren nur 263 gültige Stimmzettel eingegangen. Von diesen erhielten die Abgeordneten Krause 154, Gellern 153, während die Gegencandidaten Moritz 110, und Barrisus 109 Stimmen hatten. Die erste Kammer, welche seit einigen Tagen ihre Sitzungen ausgesetzt, wird in ihrer nächsten Sitzung mit der Berathung der Antwort auf die königl. Thronrede beginnen. Der Entwurf dieser Adresse ist bereits bekannt geworden. Derselbe schließt sich Satz für Satz der Thronrede an und zeigt im Wesentlichen die vollste Uebereinstimmung mit den königl. Worten. Der Passus über das Heer z. B. lautet: „Es erfüllt uns mit Stolz ein Heer zu besitzen, welches mit der Stärke, die ihm seine musterhafte Organisation verleiht, den noch höheren Ruhm einer unter den schwierigsten Verhältnissen unerschütterter gebliebenen Disciplin und Pflichttreue verbindet.“ In Bezug auf die deutsche Frage heißt es: „Die von Ew. Majestät gehegten Wünsche für die innigere Vereinigung der deutschen Staaten zu einem Bundesstaat leben mit gleicher Stärke in den Herzen aller derjenigen, welche in der Herstellung einer kräftigen deutschen Einheit die längst ersehnte Befriedigung des nationalen Bewußtseins und das einzige Mittel erkennen, die deutsche Nation im Innern wie nach Außen zu der Größe und Herrlichkeit wieder aufzurichten, wozu sie nach ihren geistigen und materiellen Kräften und nach ihrer Lage im Herzen Europas befähigt ist. Wir, die Vertreter des Volkes, erkennen es als unsere besondere Pflicht, durch Stärkung der inneren Eintracht, Ordnung und Freiheit auch nach Außen hin das Vertrauen und das

Ansehen, dessen Ew. Maj. Regierung zu einem segensreichen Erfolge ihrer Anstrengungen bedarf, vermehren zu helfen.“

C. Berlin, 8. März. Die Nachricht von den in der zweiten Kammer erfolgten Wahlen brachte in der hiesigen demokratischen Parthei eine sehr niederschlagende Wirkung hervor, indem in derselben jede Vermittelung mit der Opposition entschieden abgewiesen ist.

Zur ersten Kammer in der die Nachwahlen noch 2 Berliner gewählt worden: Der Geh. Rath Hesse in Raumburg, der Geh. Rath Grein in Erfurt.

Die Bildung der hiesigen conservativen Bezirks-Vereine schreitet rüstig vorwärts. So z. B. zählt der Verein des 48. Bezirks bereits 500 Mitglieder. Diese Vereine wollen sich neben der Erörterung der politischen Tagesfragen, namentlich auch die Errichtung von Hülfsanstalten angelegen sein lassen, um den minder bemittelten Bezirksbewohnern Unterstützungen jeder Art zu gewähren.

Von den Berliner Abgeordneten ist ein schleuniger Antrag wegen Aufhebung des hiesigen Belagerungszustandes eingebracht. Derselbe liegt bereits den Abtheilungen der zweiten Kammer zur Vorprüfung vor. Wird der Antrag von 3 Abtheilungen zur Verlesung unterstützt, so erfolgt die Verlesung noch in der heutigen Sitzung. Findet derselbe hier die erforderliche Unterstützung, so geht er zur Berathung in die Abtheilungen zurück und kommt alsdann zur Diskussion in der Plenarsitzung.

— Eine Beilage des Staatsanzeigers bringt Bestimmungen über die Umgestaltung des Cadetten-Corps. Nach denselben werden die Cadettenhäuser in Potsdam, Culm, Wahlstadt und Bensberg in königliche Erziehungsanstalten umgewandelt, zu denen außer den Offiziershelfern in Zukunft auch den Söhnen anderer um das Vaterland verdienster Staatsbürger der Zutritt als Zöglinge, Pensionaire oder Hospitanten gestattet sein soll. Die königl. Erziehungs-Anstalten zu Potsdam, Bensberg und Wahlstadt sind zur Aufnahme von Knaben in dem Alter von 11—14 Jahren bestimmt. Der Unterricht umfaßt innerhalb 3 Klassen den Lehrplan der unteren Klassen eines Realgymnasiums. Die Erziehungsanstalt zu Culm ist bestimmt, diejenigen Zöglinge, welche die oberste Klasse in einer der gedachten 3 Anstalten absolvirt haben, und für den Militairberuf keine Neigung oder Fähigkeit haben, aufzunehmen und deren Ausbildung bis Prima einschließlich fortzusetzen. Das Cadettenhaus in Berlin nimmt den Namen „königl. Militair-Schule“ an und bleibt militairisch organisiert. Der gegenwärtige Unterrichtsplan dieser Anstalt wird im Wesentlichen beibehalten.

— Wie an mehreren Punkten Deutschlands so werden auch hier jetzt Vorbereitungen zu einer Feier der vorjährigen Märztag von der demokratischen Parthei getroffen. In Berlin waren zu diesem Ende schon vor einiger Zeit mehrere Comités thätig. Dieselben haben sich jetzt zu einem Centralcomité vereinigt. Ob die Theilnahme aus dem eigentlichen Bürgerstande aber sehr groß sein werde, steht noch sehr dahin. Von den Kammern wird sich voraussichtlich nur die Linke an den etwaigen Demonstrationen betheiligen. Ueberdies ist es noch sehr zweifelhaft, ob die Feierlichkeit überhaupt wird stattfinden dürfen. Wie mehrseitig versichert wird, sollen dem Ministerio von Frankfurt aus Mittheilungen zugekommen sein, daß die radikale Partei bei Gelegenheit der Märzfeier eine allgemeine revolutionäre Schilderhebung beabsichtige. Um den Anlaß zu Unordnungen zu vermeiden und da namentlich auch von hier genügende Beweise für einen solchen Plan vorliegen, dürfte die Regierung sich unter diesen Umständen bewogen finden, die Märzfeier im Lande zu untersagen.

— Der demokratische Central-Ausschuß in Rötten beabsichtigt mit dem 1. April in Berlin eine „Allgemeine demokratische Zeitung“ erscheinen zu lassen. Subscriptionslisten dazu sollen an den Abgeordneten d'Estier in Berlin, — weil derselbe Portofreiheit genießt, — eingesendet werden. Ein sehr ehrenwerther Gebrauch von den Vortheilen eines Abgeordneten! —

*** Frankfurt, 8. März.** (National-Versammlung.) Auf der heutigen Tagesordnung steht: Zweite Lesung der rückständigen Paragraphen der Grundrechte. Die §§. 21, 22, 30 und 43 werden in folgender Fassung angenommen: §. 21. Jeder Deutsche hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden, an die Volksvertretungen und an den Reichstag zu wenden. Dieses Recht kann sowohl von Einzelnen als von Corporationen und von mehreren im Vereine ausgeübt werden. Beim Heer und bei der Kriegsflotte jedoch nur in der Weise, wie es die Disciplinavorschriften bestimmen. §. 22. Eine vorgängige Genehmigung der Behörden ist nicht notwendig, um öffentliche Beamte wegen ihrer amtlichen Handlungen gerichtlich zu verfolgen. §. 30. Die Besteuerung soll so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter in Stadt und Gemeinde aufhört. §. 43. Jede Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung: a) die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter; b) die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten mit Einschluß der Ortspolizei, unter gesetzlich geordneter Oberaufsicht des Staates; c) die Veröffentlichung ihres Gemeindehaushaltes; d) Öffentlichkeit der Verhandlungen als Regel.

Mainz, 9. März. Die Folgen der hier am 22. Februar Statt gehaltenen Bischofs-Wahl schienen wegen des heftigen Protestes, welchen